

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 8.

Leipzig, den 22. Februar.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, C. Reichert Gainsstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann Wallstraße 10.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Die Einführung der alten österreichischen Finanzwirtschaft in Sachsen. — Aus Oesterreich. — „Fort mit den Bismarcks!“ — Die Wiederherstellung Polens. — Republikanisches Manifest. — Zur Bergarbeiterfrage. — Weiße Sklaven.

Politische Uebersicht.

Die „schwarzen Punkte“ mehren sich am politischen Horizont, der ein immer gewitterhafteres Ansehen gewinnt. Einen recht ominösen Punkt bildet die „Hannoversche Legion“. Sie befindet sich ruhig in Frankreich, und da die preussische Regierung es nicht wagt, von Frankreich die Entfernung derselben zu fordern, macht sie ihrem Aerger gegen Oesterreich Luft, das den Legionären die zur Uebersiedelung nöthigen Pässe geliefert hat. Herr von Beust schiebt die Schuld auf „untergeordnete Polizeibeamte“, und mit dieser diplomatischen Ausrede muß man in Berlin vorlieb nehmen. — Noch eine andere „Hannoversche Legion“ verursacht der preussischen Regierung etwelche Kopfschmerzen: wir meinen die drei Tausend Hannoveraner, die trotz aller nordbündlerischen Polizeichikanen nach Hiezing gereist sind, um dem König von Hannover und dessen Gemahlin zur silbernen Hochzeit Glück zu wünschen, und aus dem Mund des Königs zu hören, daß er an eine baldige Rückkehr nach Hannover glaubt. Durch Phrasen von „Partikularismus“ kommt man über die Bedeutung der Demonstration nicht hinweg. Die Männer, welche jetzt in Hiezing auf Besuch sind, wollen nicht Preussisch sein, und sie vertreten mindestens 90 Prozent der hannoverschen Bevölkerung. Und diese Niedersachsen sind ein zäher Volksstamm, der die bekannte „staatenbildende“ Verdauungskraft noch hart auf die Probe stellen wird. Wenn Herr Stieber, der preussische Polizei-Ehrenmann, welcher als ungeladener Gast die „Legion“ begleitet, einen wahrheitsgetreuen Bericht an seine Gönner schiebt, wird er ihnen Manches gar unliebsame zu melden haben. Oder soll er etwa nur eine Verschwörung „entdecken“? —

Am Samstag stimmte das Preussische Abgeordnetenhaus über das Budget ab. Jacoby begründete sein Nein mit den Worten:

„Ich habe an der Beratung über die einzelnen Etatspositionen nicht Theil genommen, weil von vornherein der Entschluß bei mir feststand, das ganze Etatsgesetz zu verwerfen. Schon im Jahre 1864 erklärte ich, so lange das jetzige Ministerium die Staatsgeschäfte leitet, werde ich dem Budget meine Zustimmung versagen. (Unruhe rechts.) Das Urtheil, das ich damals über das herrschende System aus sprach, ist durch die kriegerischen Erfolge des Ministeriums ebenso wenig, wie durch die diplomatischen und parlamentarischen Siege desselben erschüttert worden. Heute, wie damals kann ich mich nicht dazu verstehen, durch Gelbbewilligungen irgend einer Art einer Politik Vorschub

zu leisten, die nach meiner Ueberzeugung dem preussischen und dem deutschen Vaterlande zum Unheil gereicht. (Große Unruhe rechts.) Ich werde daher gegen das Etatsgesetz stimmen.“

Jacoby war der Einzige, der Nein sagte. Die „Fortschrittspartei“ stimmte wie Ein Mann für das Budget, und erklärte damit aufs Neue, daß sie die Politik der Regierung zwar im Einzelnen mißbilligt, aber im Ganzen gutheißt. Wir möchten wissen, ob die Abgeordneten Virchow und Duncker, denen noch hier und da eine demokratische Gesinnung zugetraut wird, bei der Abstimmung zugegen waren. Jedenfalls ist es jetzt an Jacoby, mit der „Fortschrittspartei“ zu brechen, die sich natürlich, wie wir erwarteten, wohl gehütet hat, ihn wegen seiner neuartigen Rede „zur Verantwortung zu ziehen.“ Ein längeres Vertuschen des Zwiespalts wäre der Würde der Demokratie Preußens ebenso nachtheilig, als ihren Interessen.

Vor den Wahlmännern des dritten Berliner Wahlbezirks erstatteten am Mittwoch die Abgeordneten Virchow und Schulze einen Rechenschaftsbericht. Herr Virchow gestand das Fiasko der „Fortschrittspartei“ ein, klagte aber das „Volk“ an, welches keine genügende politische Bildung besitze, und „so schlecht gewählt habe“, d. h. keine Fortschrittsleute. Schade nur, daß er über die Frage hinweghüpfte, ob das Volk „so schlecht“ gewählt haben würde, wenn die „Fortschrittspartei“ ihre Pflicht gethan, und es nicht in den Sumpf der Bismarckschen Politik verlockt hätte. Mag sein, daß das „Volk“ nicht genug „politische Bildung“ besitzt, aber es hat wenigstens politische Logik bewiesen, mehr als seine „Führer“. Herr Schulze sprach in einer, selbst bei ihm auffallend zusammenhanglosen Weise, und suchte, das heikle Gebiet der innern Politik vermeidend, die Leidenschaften gegen Frankreich zu entflammen. Sein chauvinistischer Erguß wird vom Grafen Bismarck huldvollst vermerkt worden sein.

Letzterer ist noch in Berlin. Er scheint sich überzeugt zu haben, daß für seine Krankheit eine Luftveränderung nicht nothwendig ist, ja bei der etwas rauhen politischen Atmosphäre sogar geradezu schädlich sein könnte. Außerdem sind die rebellischen Junker wieder zu Kreuz getrocknet. —

Von verschiedenen Seiten wird behauptet, aus den schlesischen Festungen würden Geschütze und Munition nach den rheinischen Festungen gebracht. Wir glauben das nicht. In Berlin wird man nicht so naiv sein, sich einzubilden, daß Preußen im Fall eines Kriegs bloß von Westen her bedroht sei. —

Es ist kein Faden so fein gesponnen, er kommt doch

endlich ans Licht der Sonnen. Der Graf von Paris, ein Enkel des „Bürgerkönigs“ Louis Philipp, theilt in einem, Mitte des vorigen Jahres geschriebenen Brief mit, Graf Bismarck habe den Verkauf Luxemburgs an Frankreich nicht hindern wollen; und von London aus wird der Wiener „Neuen Fr. Presse“ geschrieben, der Verkauf sei nur an den Skrupeln des Königs von Preußen gescheitert. Dies wird auch von anderer Seite bestätigt. Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, wo die ganze Wahrheit über den „Tag von Biarritz“ aufgedeckt wird, den Jacoby vor 2 Jahren dem „Tag von Olmütz“ an die Seite stellte. —

In Bayern haben die Wahlen zum „Zollparlament“ stattgehabt, und zu einer kolossalen Niederlage der national-liberalen Partei und des, mit der preussischen Regierung unter Einer Decke stehenden Ministeriums geführt. So sehr wir uns darüber freuen, daß die Feinde der Demokratie geschlagen worden sind, so sehr müssen wir es bedauern, daß es nicht die, in Bayern leider schlecht organisirte Demokratie war, welche den Sieg erkochten hat.

In Baden und Hessen ist die Wahlbewegung im vollsten Zug, und wir dürfen auf ein günstiges Resultat hoffen. In dem ersteren Land erwirbt sich namentlich der Veteran Benedey durch sein tapferes Vorgehen gegen die Gothaer Clique ein hohes Verdienst um die Sache des deutschen Volks.

In Württemberg ist das Wahlschlachtfeld den Gothaern und Conservativen überlassen, da die Volkspartei an ihrem früheren Beschluß festhalten, und sich an den Wahlen nicht betheiligen will. Trotzdem wird die „preußenfreundliche“ Partei, sichern Berichten nach, auch dort nicht die Mehrheit erlangen. Alles zusammengefaßt, läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß Südwestdeutschland überwiegend entschiedene Gegner des „Anschlusses an Preußen“ nach Berlin senden wird, und daß also die politischen Zwecke des „Zollparlaments“ durch die gesunde Volksstimmung vereitelt worden sind. —

Man schreibt uns aus Thüringen: „Was hier zu Lande die Politik jetzt einigermaßen in den Hintergrund drängt, sind die Nothstandsverhältnisse. Alle Zeitungen bringen jetzt täglich bogenlange Berichte über das Elend in Ostpreußen. Wir wollen zugeben, daß es wirklich so ist, wie die Zeitungen melden, wir wollen annehmen, daß nichts übertrieben ist, und es mag ein solcher Zustand in einer Provinz, die sonst die Kornkammer für einen großen Theil Europas ist, befremdlich*) erscheinen; aber noch befremdlicher ist, daß ein so großes, reiches Königreich dem Nothstand einer einzigen Provinz nicht abhilft und offene Bettelbriefe in die Welt hinaus gehen läßt. Ein Staat, der Geld hat, ungerechte Eroberungskriege zu führen, der einen solchen Zuwachs an Land und Leuten erhalten, der so viele Millionen Kriegscontributionen erpreßt hat, der sollte auch für die Hungrigen seines Landes Rath schaffen.“

Wir Bewohner der Werra zwischen Thüringer Wald und Rhöngebirg leben in einer notorisch armen Gegend, nur in besonders günstigen Jahren wird Getreide über Bedarf gebaut, meistens reichlich mit unsern Vorräthen nicht aus und haben Zufuhr nöthig. Auf den Höhen des Thüringer Waldes und der hohen Rhön müssen Jahr aus Jahr ein alle Bedürfnisse gegen baar Geld gekauft werden und der Erwerb ist daselbst, wie Jedermann weiß, recht sehr knapp. Wir haben hier schon viele Theurungsjahre überstanden, welche eben solche Scenen aufzuweisen hatten, wie sie jetzt aus Ostpreußen be-

richtet werden. Ich erinnere nur an die Jahre 1843, 47, 52, 55 — 57, 60 und 67. Wir in Thüringen haben keine reichen Fürstenthümer, keinen Staatschatz, keine Landesbanken, in denen Millionen aufgehäuft liegen, wie in der preussischen. Aber wir haben uns stets selbst geholfen, Communen und Privatwohlthätigkeits-Bereine haben die Aufgabe gehabt, der Noth zu steuern, und haben diese Aufgabe fast überall gelöst. Höchstens ist aus Staatsmitteln hier und da den bedürftigen Gemeinden unter die Arme gegriffen worden, keineswegs aber haben wir uns auswärtiger Unterstützungen zu erfreuen gehabt.

Auch in der hiesigen Gegend waren in den letzten 3 Jahren die Erndten nicht reichlich. Bereits im vorigen Jahre hat die hiesige Gegend größtentheils von auswärtigen Zufuhren gelebt. Die letzte Erndte war aber mit Ausnahme von Kartoffeln und Obst ganz erbärmlich. Mit unsern Getreidevorräthen sind wir bereits ziemlich zu Rande. Die Kartoffeln werden noch ausreichen bis zur Seizzeit, dann aber sehen wir der drückendsten Noth entgegen. Dabei Verdienstlosigkeit überall, da Handel und Verkehr darnieder liegen. Alles Folgen des ruhmvollen Krieges von 1866.“

Oesterreich fährt fort sein Haus zu bestellen, um nicht durch die Ereignisse überrascht zu werden. Obgleich noch viel zu thun ist, — die Concordatsfrage vor Allem rückt seit Wochen nicht vom Fleck, und die Aufschlüsse, welche das Rothbuch über dieselbe giebt, sind keineswegs zufriedenstellend — so läßt sich doch nicht läugnen, daß Oesterreich heute weit mächtiger dasteht, als vor dem letzten Kriege. Wie vollständig die Regierung auf das Volk rechnen kann, das zeigen die jüngsten Arbeiterversammlungen in Wien; und daß sie auf die Russisch-Preussischen Intriguen in den Donauländern ein aufmerksames Auge hat, ersehen wir aus den guten Beziehungen, welche sie mit den Polen unterhält. —

In der Türkei wird eine polnische Legion unter Langiewicz organisirt. Die Kabinette von Berlin und Petersburg werden diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen. —

Die Französischen Kammern beschäftigen sich fortwährend mit dem Preßgesetz, das man mit Recht ein „Gesetz gegen die Presse“ genannt hat. Auf die Einzelheiten der Debatten gehen wir nicht ein; die Preßfreiheit ist eine jener Fragen, über die sich nur noch Gemeinplätze sagen lassen. Sie muß erkämpft werden.

Was die Stimmung in Frankreich anbetrifft, so verweisen wir auf das „Republikanische Manifest“, welches in dieser Nummer abgedruckt ist. Zuerst kam uns allerdings ein Argwohn, das Manifest könne das Werk von Agents Provocateurs*) sein, allein ein Blick auf die Lage Frankreichs schließt jeden derartigen Gedanken aus. Es ist so viel Zündstoff vorhanden, daß die kaiserliche Regierung wahnsinnig sein müßte, wollte sie mit dem Feuer spielen. Beiläufig würden wir das Altstück vielleicht aus preßpolizeilichen Rücksichten zurückgelegt haben, wenn es nicht schon von einem, der Preussischen Regierung nahestehenden Blatt, der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlicht worden wäre. In Berlin ist man nämlich so weit gekommen, die Möglichkeit einer Französischen Revolution mit sichtlich Genugthuung zu betrachten, — nicht erwägend, daß es zwischen Frankreich und Preußen keine Brandmauer giebt. —

„Das Land“, sagen die Wähler Genuas, in einer Adresse an die Italienische Kammer, „das Land ist müde des un-

*) Nicht, wenn man die Geschichte und die Verhältnisse der Provinz kennt. A. d. R.

*) Geheime Polizeiaagenten, welche die Gegner der Regierung zu unbedachten, verfrühten Unternehmungen, Verschwörungen, Straßenkämpfen u. s. w. zu reizen haben, und darum eine sehr heftige Sprache gegen ihre Brodberrn führen müssen.

nügen Rederuns, der elenden Parteifreizigkeiten; es weist euch vielmehr auf den Abgrund hin, der entsetzlich klaffend vor euch sich aufthut, und um der Liebe zum Vaterlande willen fordert es euch auf, euch mit der Wiederherstellung der Finanzen des Königreichs ernstlich zu befassen". Aus anderen Städten laufen ähnliche Mahnungen ein, die zugleich Warnungen sind. Die Finanzlage ist in der That trostlos. Im Jahr 1859, vor der „Neugeburt“, hatten alle italienischen Staaten zusammengenommen 1000 Millionen Franken (der Franken = 8 Mgr.) Schulden, bei einer Steuerlast von 450 Mill. Fr. Jetzt, 8 Jahre nach dem Sieg des „glorreichen Einheitsgedankens“ beträgt die Staatsschuld 5000 Millionen und die Steuerlast 750 Millionen! Für die Jahre 1866, 1867 und 1868 beläuft sich das Defizit auf 630 Mill. und für 1869 wird ein weiteres Defizit von 240 Millionen erwartet — also Summa 870 Millionen, die durch Anleihen aufgebracht und der Staatsschuld zugesügt werden müssen. Es ist freilich sehr zweifelhaft, ob die Capitalisten noch Geld borgen werden, denn offenbar ist der Staatsbankrott in Italien nur eine Frage der Zeit. —

Der Rusterstaat England wird von Tag zu Tag dem Musterstaat Preußen ähnlicher; und seiner Polizei ist neulich die Ehre widerfahren, von dem „Preussischen Staatsanzeiger“ belobt zu werden und zwar wegen der Schlaubeit, mit der sie einigen Zweigvereinen der Reformligue durch Einschüchterung der Aneipwirthe das Zusammenkommen unmöglich gemacht hat. In Berlin seit Jahren ein beliebtes Manöver; in London aber noch neu. — Das Parlament sitzt wieder und Lord Derby, der Premierminister, ist dem Tode nah — eins für das englische Volk so gleichgültig, wie das andre. —

Revolution in — Japan. Die Daimios (der Feudaladel) haben den Mikado, einen der beiden Fürsten, mit denen jenes glückliche Land gesegnet ist, sans façon gefangen, und seinen Kollegen, den Taikun, zur Flucht genöthigt. Ein schlechtes Beispiel.

Im Auftrag des Vororts deutscher Arbeitervereine erläßt der Vorsitzende, Herr Bebel, in der neuesten Nummer der „Arbeiterhalle“ folgenden Aufruf an die Vereine:

„Seit Wochen sind die Augen der deutschen Arbeiter nach Berlin gerichtet. Dort ist ein großer Theil der Cigarrenarbeiter gezwungen worden die Arbeit einzustellen, weil sie sich einer von den Cigarrenfabrikanten eingeführten Fabrikordnung, die aufs Tiefste ihr Ehrgefühl verletzt, nicht fügen wollen.

In einem solchen Falle halten wir es für Pflicht der gesammten deutschen Arbeiterschaft ihre Genossen in diesem gerechten Kampfe zu unterstützen und damit zu beweisen, daß die Arbeiterinteressen überall solidarische sind. Aber noch ein besonderer Grund zu energischer Hülfeleistung ist in diesem Falle vorhanden. Die Berliner Cigarrenarbeiter haben mit richtigem Takte erkannt, daß Geldunterstützungen für Feiertage nur da anzunehmen sind, wo kein anderer Ausweg bleibt, und haben versucht durch Selbstfabrikation von Cigarren den Streikenden lohnenden Verdienst zu schaffen. Die Käufer dieser Waare zu sein, möchten wir die Arbeitervereine auffordern. Cigarren werden überall gebraucht, entnehme man also seinen Bedarf in der Hauptverkaufsstelle der Berliner Cigarrenarbeiter, Landwehrstraße 11, guter preiswürdiger Waare kann man versichert sein. Nähere Auskunft kann Jeder mit Leichtigkeit erhalten unter der Adresse „Vorstand des Berliner Cigarrenarbeiter-Vereins, Landwehrstr. 11 Berlin“.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Vereine unserm

Wunsche bereitwilligst nachkommen; vielleicht gelingt es uns aus diesen, durch die Noth des Augenblicks erwachsenen Arbeitsstellen, durch werththätige Hülfe eine solide Productivgenossenschaft zu gründen.“

In derselben Angelegenheit hat die „Centralstelle der Sächsischen Consumvereine“ folgenden Aufruf erlassen:

An die Sächsischen Consum-Vereine.

Bezugnehmend auf obige Aufforderung, ersuchen wir Sie mit der Haupt-Verkaufsstelle der Berliner Cigarrenarbeiter in Geschäftsverbindung zu treten, um bedrückte Arbeiter nach dem Grundsatz „Leistung um Gegenleistung“ zu unterstützen, wie es unabhängigen Genossenschaften gebührt.

Leipzig. Die Centralstelle der Sächsischen Consum-Vereine.

M. German, Vorf., A. Zubisch, Secretär.

Unsere Notiz, daß Herr v. Hofstetten Wien wieder verlassen habe, war ungenau, wie aus unfrem heutigen Bericht über die, am vorigen Sonntag in Wien abgehaltene Arbeiterversammlung erhellt. Nun, es war gut, daß er geblieben ist, und zu einer glorreichen Kundgebung Anlaß gegeben hat. Dank den braven Wiener Arbeitern! Herr von Schweizer — das sei hier im Vorbeigehen bemerkt — läßt das Gerücht aus Sprengen, er sei mit Hofstetten verfeindet. Es ist dieß eine jener kleinen Komödien im Familieninteresse, wie sie zum Exempel, um Kleines mit Großem zu vergleichen, von Zeit zu Zeit zwischen Bonaparte und Better Plonplon abgepielt werden. Politische Compagniegeschäfte bringen das mit sich.

Der Berliner Arbeiter-Verein beabsichtigt zum Herbst dieses Jahres eine Ausstellung von Erzeugnissen deutscher Productiv-Associationen in Berlin zu veranstalten. Der Zweck dieses Unternehmens ist die Hebung des geschäftlichen Credits der Genossenschaften dadurch, daß durch die Ausstellung die Erzeugnisse der Associationen als eben so gut erwiesen werden, wie die der Fabrikanten. Die Vorstände der Genossenschaften sind ersucht, ihre Ansicht über dieses Unternehmen, so wie die Art und Weise, in welcher sie gesonnen sind, dasselbe zu fördern, dem Vorsitzenden des genannten Vereins, Herrn Buchbinder Krebs, Pallisadenstraße 23, bald möglichst mitzutheilen.

A. Die Einführung der alten österreichischen Finanzwirtschaft in Sachsen.

Zwei Gründe haben vorzugsweise die bedrängte Finanzlage Oesterreichs verschuldet, welche schon einmal in einem Bankerott endete, und jetzt nahe an den Rand eines solchen wieder gelangt ist:

Der große Militäraufwand und die enormen Staatsschuldenzinsen — erstere herbeigeführt durch eine verkehrte Politik, welche mit roher Gewalt die eigenen Völker niederhalten und zugleich auswärtigen Feinden Widerstand leisten wollte — letztere veranlaßt durch eine Finanzwirtschaft, welche, um den Mißcredit des Staats nicht zu vollem Ausbruch gelangen zu lassen und andererseits nicht durch das Vorgehen des Staats zur Abstreifung der Fesseln der Wucher-gesetze vom Privatverkehr selbst Anlaß zu geben, lieber ihre fünfprocentigen Anleihen zum Course von 70 begab, als Anleihen zu höherem Zinsfuß, aber zum Paricourse contrahirte.

Die Folge davon war, daß in Zeiten des Friedens, wo Staaten mit geordneter Finanzwirtschaft ihre in bedrängten Zeiten zu hohem Zinsfuße, aber zum Paricourse aufgenommene Anleihen convertirten, d. h. durch Aufnahme einer An-

leihe zu niedrigem Zinsfuße oder auch mittelst Vertrag und Umtausch mit den bisherigen Gläubigern, in eine Anleihe zu niedrigem Zinsfuße verwandelten, und durch die ersparten Zinsen die Mittel zur allmähigen Tilgung gewannen, Oesterreich nie dazu gelangen konnte.

Das Steigen des Staatspapiercurses kam stets nur den Gläubigern, nicht dem Staate zu Gute; der bei dem Abschluß der Anleihe gezahlte Kurs steigerte sich bis gegen den Paricurs, und ehe derselbe erreicht war, pflegte sich der nächste Krieg, die nächste Veranlassung zur Aufnahme neuer Anleihen, natürlich zu noch niedrigerem Kurs, als bei der vorigen, da die Schulden fortwährend unsicherer werden, einzustellen.

Die erste und unerläßliche Vorbedingung für Herstellung einer geordneten Staatsschuldenverwaltung in Oesterreich bestand also in Umwandlung der (die Herbeiführung der Möglichkeit, in ähnlicher Weise, wie andere Staaten, die Friedenszeiten zur Herabsetzung des Zinsfußes und damit zur Gewinnung bez. Verstärkung von Geldmitteln zur Staatsschuldentilgung zu benutzen, hindernden) großen Staatsschuldencapitalien mit niedrigerem Zinsfuße in geringere Capitalien zu höherem Zinsfuße. Dies konnte nur erfolgen durch Aufnahme von Anleihen zum Paricurs, oder einem dem wenigstens nahestehenden Course, von Anleihen, für welche selbstverständlich ein bedeutend höherer Zinsfuß, etwa von 7%, zu bewilligen wäre, und Rückkauf der cursirenden Anleihen, welche Zinsen von 1, 2, 3, 4, 5% gewähren.

Diese Verwandlung des jetzigen großen Staatsschuldencapitals mit niedrigem Zinsfuß in ein geringeres Staatsschuldencapital zu höherem Zinsfuß würde dann später, bei ruhiger Zeit, eine Minderung des Zinsfußes zur Folge gehabt haben, indem die Verwaltung, sobald die Staatspapiere den Paricurs übersteigen, durch Kündigung mit der Aussicht auf Rückzahlung die Belastung zu einem niedrigen Zinsfuß erlangen konnte.

Der vor einiger Zeit angekündigte Plan einer „Unification“ der österreichischen Staatsschuld läuft auf dasselbe, und damit auf einen Bruch mit dem alten System hinaus.

Dafür scheint dies System nunmehr aber in Sachsen eingeführt werden zu wollen.

Bei uns hat bis jetzt wenigstens stets das Princip geherrscht, bei Aufnahme von Anleihen in bedrängten Zeiten, einen etwas höheren Zinsfuß zu bewilligen, dafür aber Emission zum Paricurs oder einem dem nahe kommenden zu bedingen. Daß man bei der Art und Weise der Ausführung nicht immer den richtigen Weg eingeschlagen, zeigt der schwere Schlag, den der Privatcredit durch die Ausgabe der 6% Handdarlehn im vorigen Jahre erlitten.

Jetzt fällt man nun aber auf einmal nahe zu in das andere Extrem und will eine bewährte Praxis verlassen.

Anders wenigstens können wir uns die neueste, sogar telegraphisch in der Welt verbreitete Nachricht nicht erklären, daß eine 4% Anleihe im Betrage von 8 Millionen creirt werden soll, welche doch offenbar jetzt nur einen Kurs von 92 Thlr., also einen Verlust von 8% Capital bedingen würde.

Zieht man aber den jetzigen Kurs der 5% und der 4% Staatspapiere in Betracht, so ergibt sich, daß vielmehr die Emission einer 4½% Anleihe, wie ja früher auch deren mehrere abgeschlossen worden sind, angezeigt wäre.

Man sollte meinen, die günstigen Bedingungen, welche die Regierung den großen Banquiers gewährt hat, welche die sächsische Bank, welche den Leipziger Cassenverein begründeten, (von denen die ersteren ungefähr 8 Millionen Banknoten in Umlauf haben, also durch ein vom sächsischen Verkehr nach

dieser Höhe aufgenommenes zinsloses Darlehn eine Summe von jährlich mindestens 250,000 Thlr. gewinnen), wären Grund genug gewesen, sich genügende Gegenleistungen auszubedingen. Allein es scheint wirklich, daß den Millionären die ihnen am wenigsten nöthige Staatshülfe geleistet worden, ohne daß der Staat an sich selbst und seine Steuerpflichtigen gedacht hat.

Angesichts der neuen Steuervorlagen, angesichts der ungeheuern Militärlast, ist jedenfalls eine Finanzpolitik, welche mit Aufgabe des Bewährten dem Lande auch noch ein ohne jede Aussicht auf Conversion und Reduction fortwährendes Wachsen der Staatsschuldenzinsen in Aussicht stellt, geeignet, zu den größten Besorgnissen Veranlassung zu geben.

Und weil alle diese Fehler zunächst auf diejenigen drücken werden, welche den größten Theil der Lasten aufzubringen haben — die wenig bemittelten Bürger und die Arbeiter, so halten wir uns verpflichtet, diesen Besorgnissen Ausdruck zu geben.

Aus Oesterreich.

Wien, den 12. Febr. 1868.

Saulus wird Paulus! Freiherr v. Beust hat nicht bloß ein parlamentarisches Ministerium diesseits wie jenseits der Leitha geschaffen, freisinnige Grundgesetze herausgegeben, er legt auch jetzt Rechenschaft über sein Wirken als Minister des Auswärtigen den Delegationen in Form eines „Nothbuchs“ vor. Die Depeschen zeigen die bekannte Gewandtheit des Diplomaten, allein viel erfreulicher ist die Rechenschafts-Abgabe vor der Volksvertretung überhaupt. Mögen unsere sächsischen Freunde in dieser Bekehrung eine Befriedigung finden, wenn sie können, daß sie Solches an Herrn v. Beust erleben müssen. Mit schlecht verborgenem Reide weisen Berliner Blätter auf dies Factum hin.

Unser Justizminister Herbst arbeitet fleißig an Spezialgesetzen zur Durchführung der Grundrechte, Schwurgerichtssäle werden eingerichtet, das Budget für die dieleithanischen Blätter wird von Prestel mit möglichster Sparsamkeit eingerichtet, die Verwaltungs-Beamten hat Giskra sehr energisch in einem Rundschreiben, zum Arbeiten und zur Verfassungstreue anfeuernd, angesprochen, Ritter von Loggenburg der glaubenseinheitliche Kämpfe des Ultramontanismus, Statthalter von Tyrol, ist seiner Stelle entsetzt. An gutem Willen, sich aus der resignirten Stimmung des Pessimismus loszureißen, fehlt es auf keiner Seite. Das beweisen am Besten die Delegationen, d. i. die gemeinsame Vertretung der Reichshälften: Ungarn und Deutsch-Oesterreich.

Die ungarische Delegation tagt hier in Wien, beräth ungarisch vor dem „gemeinsamen Ministerium“ (Beust, Bede, Kuhn), welches keinen Laut der ungarischen Sprache versteht, die deutsch-österreichische hält in einem andern Gebäude ihre Beratungen — nur im Falle der Uneinigkeit berathen sie gemeinsam —, der Verkehr der Delegationen ist schriftlich. Hoffen wir indeß, daß das Bedürfnis die Einheit der Vertretung herstellen wird. Guter Wille macht, trotz der Eifersucht auf die Selbstständigkeit beider Theile, die gemeinsamen Angelegenheiten bald fertig.

Sehr energisch hat Beust für die Belassung der Gesandten in Dresden, Stuttgart u. s. w. gesprochen und dabei die Bemerkung nicht unterdrückt, daß, leider vergeblich, politische und militärische Winke nach Oesterreich 1866 von Dresden ergingen.

Das Kriegsbudget wird erheblich herabgemindert, Eisenbahnanlagen in allen Richtungen, nament-

lich durch das industriereiche Deutsch-Böhmen, werden von dem vertrauensvoll sich Oesterreich zuwendenden Kapital unternommen. Nur das Schulwesen liegt, namentlich auf dem Lande, sehr im Argen. Ein neues Volksschulgesetz erwartet man vom Reichsrathe.

Das Vereinsrecht wird, in Wien zumal, sehr ausgebaut. „Deutscher Volksverein“, „Deutsch-demokratischer Verein“, „Demokratischer Fortschritt“, „Demokratische Union“ u. A. m. so heißen die Vereinigungen, welche die Erweiterung des Wahlrechtes zunächst in Angriff nehmen. Doch sind alle diese Vereine der Bürger nicht zahlreich genug, um imponierend auftreten zu können.

Viel frischer pulst das Leben in den Arbeiterkreisen. Vor allen anderen ist es der Arbeiterbildungsverein, der kernhaft tüchtig vorwärts schreitet. Der Hauptverein zählt 2567 Mitglieder und täglich wächst die Zahl der Filialen in der Umgebung, die alle mit gutem social-demokratischem Eifer arbeiten. Das Manifest des Herrn v. Schweizer an die Wiener Arbeiter ward gar nicht verlesen, Herr Reufche, der vielleicht Lust hätte, die Arbeiter in das Netz Haffeldt'scher Umtriebe zu locken, findet keine Beachtung, und Herr Schulze aus Delitzsch beklagt sich bereits in einem Briefe an die Prager „Studenten“, daß die Arbeiter Wiens zu ungebildet seien, weil — nun, weil sie auf Schulze nicht hören wollen, und Herr Schulze, dessen Besuch in Wien von dem schwachen Vereine „Selbsthilfe“ erbeten wurde, findet es für rathsam, abzulehnen.

Im Schooße des Arbeiterbildungsvereins wird jetzt an der Bildung eines großen politischen Arbeitervereins gearbeitet. Die Lehrmittel des ersterwähnten Vereins wachsen von Tag zu Tage, tüchtige Lehrer ertheilen Fortbildungsunterricht in allen wissenswerthen Gegenständen und besonders in modernen Sprachen, und zwar unentgeltlich.

Mehrere Theaterdirectoren haben ermäßigte Preise für die Arbeiter zugestanden, überall finden die Arbeiter das größte Entgegenkommen, Minister Giska läßt dem Verein Doubletten für die Bibliothek zukommen, die sich täglich vermehrt.

Für eine zu errichtende Kranken- und Invalidenkasse findet am 16. ein großes Ballfest, von den Arbeitern veranstaltet, statt. Minister, Reichsräthe u. s. w. haben ihr Erscheinen zugesagt, die Karten werden hoch überzahlt. Dabei ist die politische Haltung der Arbeiter in diesem Verein correct und tüchtig, wiederholt protestirten sie gegen die Zumuthung, als ob sie irgendwie gewillt wären, das allgemeine Stimmrecht, welches das „Vaterland“, die Wiener Kreuzzeitung, ihnen in Aussicht stellte, aus den Händen der Junker anzunehmen; ebenso wie gegen den wiederholt auftauchenden Verdacht, als ob sie von Bismarck'schen Agenten geleitet wären.

Gerade der saule Fortschrittschwandel an Schulze wurde da in energischster Weise, mit Berufung auf Lassalle, getadelt. Hingegen wurde in der am Sonntage, 9. Februar, abgehaltenen Hauptversammlung des Arbeiterbildungsvereins, nachdem Herr Prager die Rede J. Jacoby's an seine Wähler verlesen, diesem unerschütterlichen Vorkämpfer der Demokratie, der die Berechtigung des Socialismus nun anerkannt und das Bekenntniß abgelegt hat, daß fürder die politische Demokratie ohne die innigste Verbindung mit der Socialdemokratie nicht mehr bestehen könne — ein dreifach donnerndes, begeistertes Hoch aus 3000 Kehlen gebracht. Gewiß eine erfreuliche Erscheinung, diese Ovation für Jacoby in Wien! Zeuge dessen, und gewiß nicht sehr erbaut darüber, war Herr v. Hofstetten, der Hauptmitarbeiter des Herrn von Schweizer. — Für Oß-

preußen's Hungernde wird hier viel gesammelt; das Geld geht ausschließlich an die „Zukunft“.

„Fort mit den Bismarck's!“

(Eine politische Kundgebung der Wiener Arbeiter.)

Wien, den 17. Februar.

Schon seit einigen Tagen spukte die Nachricht in den Blättern, daß ein preussischer Agitator, der bald als Herr von Hofstetten, bald als einfacher Herr Braunfels sich präsentirte, nach Wien gekommen sei, um unsere Arbeiter „mit den Anfangsgründen der „Sozial-Demokratie“ vertraut zu machen“. Derselbe schrieb langatmige Artikel und machte sich in den Redaktionen der hiesigen Volksblätter überflüssig. Allmählig trat das Gerücht in bestimmter Weise hervor, daß Herr v. Hofstetten, alias Braunfels genannt, die Absicht hege, in Wien einen journalistischen Ableger des Berliner „Sozial-Demokraten“ zu gründen, und daß eine Arbeiter-Versammlung einberufen werden solle, um die hiesigen Arbeiterkreise mit den Ideen des Herrn von Hofstetten vertraut zu machen. Der Versuch, den Arbeiterbildungsverein vorzuschieben, mißlang, aber Herr v. Hofstetten fand endlich vier Arbeiter, welche eine Versammlung beriefen. Sie hatte gestern in Roth's Reitschule statt, und war von 3—4000 Arbeitern besucht. Ueber den Verlauf berichtet das „Tagblatt“:

Fischer eröffnet die Versammlung und legt in seiner Ansprache dar, daß auch in Oesterreich die Zeit erschienen sei, wo der Arbeiter seine politischen Rechte anstreben dürfe. Zu diesem Zwecke wäre die Gründung eines sozialdemokratischen Arbeiterorgans, welches die Grundsätze der Sozial-Demokratie unter den Volksmassen verbreiten und für dieselbe Propaganda machen würde, ein Gebot der Nothwendigkeit. Im Wirkungskreis des Arbeiterbildungsvereines liege die Gründung eines solchen Journals nicht, da derselbe kein politischer Verein sei. In Wien sei zwar gegenwärtig die Bildung eines politischen Arbeitervereins im Werke, aber bis zum Insebetreten desselben werde noch eine längere Zeit vergehen, während ein Arbeiterblatt in Wien dringend notwendig sei. (Oho! und Bravo!) Es sei Sache der Arbeiter, für ein solches Blatt die nöthigen Personen zu gewinnen. (Ruf: Aber Ausländer brauchen wir nicht! Beifall.) Würde ein Theil von Jbner Lassalle, ein anderer Schulze-Delitzsch zurückweisen, weil sie Ausländer sind, wenn sie nach Wien kommen würden, um ein Blatt zu gründen? (Rufe: Aber wir brauchen Niemand von Herrn v. Schweizer's Koterie!) Herr Hofstetten ist hierhergekommen, um Jbner das Programm eines Wiener Arbeiterblattes zu entwickeln, dessen Gründung von ihm beabsichtigt wird. Ich nehme weder für, noch gegen ihn Partei.

Unter großer Unruhe der Versammlung ergreift Löwe (ein Arbeiter) das Wort. Es wäre Undank gegen die Wiener Volksblätter, wenn wir sie im Stiche lassen und einer neuen Zeitung uns zuwenden würden. (Ruf: Gehört nicht zur Sache! Sturm in der Versammlung. Viele Stimmen: Das gehört zur Sache!) Im „Tagblatt“, der „Morgenpost“, der „Vorstadt-Zeitung“ werden die Anschauungen der Wiener Arbeiter ganz geböhrig vertreten. Ein Blatt mit Bismarck'scher Anschauung brauchen wir nicht. (Rufe: Wir brauchen keine Berliner! Wir wollen Bismarck nicht den Stoff abgeben zu politischen Verwicklungen! Wir lassen uns nicht mißbrauchen! Lange Unterbrechung.)

Fuchs (Arbeiter): Hofstetten soll hören, wie die Arbeiter in Wien denken. Ich sage, eine Arbeiter-Zeitung in Wien ist nothwendig; aber sie darf nicht Bismarck'sch sein. (Beifall.)

Herr v. Hofstetten will nun das Wort ergreifen. Er wird aber von dem Arbeiter Herrn Ertl daran gehindert, der unter dem lebhaftesten Beifall der Versammelten die Tribüne besteigt.

Ertl spricht sich für die Gründung eines Arbeiterblattes aus, jedoch müsse dasselbe ein Privatunternehmen sein. Er polemisiert heftig gegen Hofstetten, den er als Anhänger Bismarck's bezeichnet, und von dem er sagt, daß es sich für ihn nicht so sehr darum handle, in Wien als Redakteur zu wirken, sondern sich zum Führer der Arbeiter Wiens aufzuwerfen und dieselben im Interesse Bismarck's zu leiten.

Nach einer längeren, sehr unruhigen Unterbrechung ergreift endlich Herr v. Hofstetten das Wort. Unter großer Heiterkeit be-

merkt er, daß ihn die Opposition in diesem Kreise erfreue, weil sie Zeugniß gebe von der Intelligenz und dem Mißtrauen der Arbeiter Wiens. Das Mißtrauen sei eine Grundbedingung für jede demokratische Partei.

Unter vielfachen theils sehr stürmischen Unterbrechungen erzählt nun Hoffstetten, daß er kein Preuße, sondern ein Bayer sei, daß er für die Arbeiterfrage einen Theil seines Vermögens geopfert, daß er ein Feind des Bismarckismus sei und es für ein Unglück halten würde, wenn Deutschland in Preußen aufginge.

Ueber die Zustände in Oesterreich bemerkt der Redner, daß sie für die Arbeiterfrage günstiger wären, als die im Norden, denn in Oesterreich gebe es noch keine fest organisirte Bourgeoisie. (Unterbrechung.)

Redner sucht dann die Nothwendigkeit eines politischen Arbeiter-Parteiblattes nachzuweisen. Die Bemerkung, daß die Arbeiter nicht in der Lage wären, in den bestehenden Wiener Volksblättern ihre Meinung auszusprechen, ruft einen Sturm in der Versammlung hervor. „Das ist nicht wahr!“ wird ihm von allen Seiten zugerufen. Der Lärm wird so groß, daß der Vorsitzende zu wiederholten Malen erklärt, er müsse die Versammlung schließen.

Ertl gelingt es nun, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zu lenken. Wir brauchen ein Arbeiterblatt; aber ein Oesterreicher soll an der Spitze desselben stehen. Ich werde Ihnen beweisen, was Hoffstetten will. Er hat zu einem Beamten der hiesigen Kreditanstalt geäußert: Ich will die Leitung der Wiener Arbeiterbewegung übernehmen, trotzdem diese Arbeiter sehr stübig sind. (Große Heiterkeit. Beifall.) Hoffstetten will aus Spekulation unser Führer werden. Er will uns dem Preuzentum überlefern, und wenn er sagt, er nimmt einen selbstständigen Standpunkt ein, so rufe ich ihm in's Gesicht: Das ist nicht wahr! Herr von Schweiger ist einer von den Bedienten Bismarck's und Herr v. Hoffstetten geht durch Dich und Dünn mit Herrn v. Schweiger. Hoffstetten hat uns wegen unserer Intelligenz gelobt; machen wir diesem Lob Ehre. Seien wir verständig genug, uns von diesem Manne seine Gedanken nicht eintrichten zu lassen. (Große Heiterkeit. Beifall.) Was sucht Hoffstetten in Wien? Will er Krawalle hervorrufen, will er uns im Interesse Bismarck's verwenden? Wir wissen nicht, was er will, und darum schenken wir ihm kein Vertrauen. Er sagt, er sei ein Sozial-Demokrat. Ich antworte ihm, daß unter Jenen, die vor zwei Jahren manchen guten Deutschen in die Elbe getrieben haben, gar mancher preußische Sozial-Demokrat sich befand. Wissen Sie, warum Hoffstetten und nicht Schweiger nach Wien gekommen ist? Weil er hier noch viel weniger hervorgetreten ist und eine Blamage in Wien viel eher aushalten kann, als dieser Herr v. Schweiger. (Heiterkeit, Beifall.) Ich bitte Sie nochmals, sich nicht zu Automaten der Berliner machen zu lassen, sich nicht zu einer Opposition drängen zu lassen gegen das jetzige Ministerium; heute wäre das nicht an der Zeit. — Das Passenthum und der Mel sind noch immer zu mächtig und heute wäre es ein Unglück für den Arbeiterstand, wenn der Liberalismus in Oesterreich gestürzt und ein Ministerium zu Falle gebracht würde, das sich die Aufgabe gestellt hat, ihn zur Herrschaft zu bringen. In zwei Jahren vielleicht, vielleicht erst später; aber heute ist es noch nicht zeitgemäß, daß der Arbeiterstand politische Opposition mache.

Herr von Hoffstetten, dem nach einer langen stürmischen Unterbrechung von Seiten mehrerer Arbeiter die Ruhe erkämpft wird, sucht nun in längerer Rede die Unrichtigkeit der Vorwürfe Ertl's zu beweisen. Er verwahrt sich dagegen, daß er die Absicht habe, sich zum Führer in Wien aufzuwerfen, und beharrt darauf, daß er bloß eine Ermächtigung von den Wiener Arbeitern zu erhalten wünsche, um ein Blatt herauszugeben.

Blasfincle: Minister Biskra hat zur Balldputation des Arbeiterbildungsvereines gesagt „bleiben Sie gute Wiener!“ Bleiben wir nicht nur gute Wiener, bleiben wir auch gute Oesterreicher. (Beifall.) Zeigen wir dem Herrn Hoffstetten, daß wir Oesterreicher nicht so dumm sind, zu glauben, die Quelle der Weisheit sei in Berlin zu finden. Lassen wir uns nicht mehr von fremden Mächten als Spielzeug verwenden.

Hetzfleisch: Es heißt in Wien, daß hinter der Arbeiterbewegung preußische Agenten stecken. Herr v. Hoffstetten ist ein solcher. Es treiben sich aber hier noch zwei andere Männer im Geheimen herum. Die Herren Becker und Reusche. Was suchen diese Herren bei den Wiener Arbeitern? Weissen wir das zurück, daß wir mit ihnen gemeinsame Sache machen.

Hoffstetten: In ganz Deutschland vermögen Sie Niemand aufzutreiben, der gegen mich das mindeste Mißtrauen hat. Ich habe viele Gegner, auch Reusche und Becker gehören zu ihnen. Gegen meinen persönlichen Charakter wird aber Keiner Einwendung machen. In diesem Moment erscheint auf der andern Seite der Tribüne als Wolf in der Fabel Herr Reusche, um die Versammlung vor dem verblüfften Herrn v. Hoffstetten zu warnen, indem er die Sünden des „Sozialdemokraten“ aufzählt.

Groß beantragte nun die Fassung folgender Resolution: Die Arbeiter-Versammlung erklärt, daß sie die Nothwendigkeit eines Arbeiter-Organes in Wien anerkenne, die Gründung desselben aber der freien Konkurrenz überlassen müsse.

Diese Resolution wird einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Herr v. Hoffstetten will nun das Wort ergreifen, um gegen Reusche zu sprechen. Nach langer Unterbrechung kommt er endlich zu Wort und warnt die Versammlung vor Männern von der Qualität Reusche's, von dem er Dokumente in Händen habe, die es beweisen, daß er treulos, wortbrüchig, perfid und verrätherisch sich benommen habe.

Nachdem noch mehrere Redner persönliche Bemerkungen gemacht, wurde die Versammlung bei tiefster Dunkelheit — die Reitschule wurde nicht beleuchtet — um 1/4 auf 7 Uhr geschlossen.

Die Wiederherstellung Polens.

IV.

Wollte sich Rußland zum Herrn der Ostsee machen, so mußte Schwedens Macht gebrochen werden. Denn die Ostsee war zur Zeit Peters des Großen ein schwedisches Binnengewässer. Pommern mit Rügen, Estland, Livland, Ingermanland, Finnland waren Provinzen Schwedens. Kurland aber, welches seit der Unterwerfung des Deutschen Ordens unter Polens Oberherrschaft eine polnische Provinz geworden, war seit 1660 wieder als Herzogthum hergestellt worden. Peter der Große fand also bei seiner Thronbesteigung zwischen seinem Reiche und der Ostsee die Provinzen eines mächtigen Staates. Leider trug damals die schwedische Krone ein Mann, dessen Einbildungskraft gleich der des edlen Don Quixote von der Mancha durch die Lektüre von Ritterbüchern entflammt war. Wie der „Ritter von der traurigen Gestalt“ sehnte sich Karl XII., die Romantik einer hingeschwundenen Heldenzzeit wieder lebendig zu machen. Das Schwert dieses „ritterlichen Königs“ aus der Scheide zu locken, konnte Peter dem Großen nicht schwer fallen, und es begannen jene Kriege der beiden Staaten, die, über ein Jahrhundert dauernd, Schweden dem Art. 5 des Testaments*) gemäß zerstückelten. Nachdem Peter d. G. 1702 Ingermanland den Schweden abgenommen hatte, folgte 1721 die Abtretung von Livland und Estland und 1809 die von Finnland an Rußland. Eine Adelsrevolte aber unterwarf Kurland 1795 der zweiten Katharina. Pommern ging an Preußen verloren, während Dänemark, Rußlands getreuer Bundesgenosse, Norwegen festhielt. Erst durch den Frieden zu Kiel am 14. Januar 1814 kam Norwegen wieder an Schweden zurück.

So ward Art. 5 von dem Petersburger Kabinet getreulich ausgeführt und Rußland, durch die Vermählung der dänischen Prinzessin Dagmar an den Thronfolger des Czarenreiches am Belt fußfassend, dehnte seine Macht an der Ostsee weiter und weiter aus, wie es Art. 8 nicht nur für das Baltische, sondern auch das Schwarze Meer vorschreibt. Nun, das Schwarze Meer ist, Dank der Hilfe Englands, gegenwärtig ein russischer See, nachdem die freien Kosakenstämme an dessen Ufer aufgezogen, die Donaufürstenthümer ein russischer Vasallenstaat unter einem preußischen Fürsten geworden sind, und der Kaukasus nach einem hundertjährigen heldenmüthigen Widerstande an Rußland gefallen ist.

Art. 7 empfindet die commercielle Ausnützung Englands, um die Seemacht Rußlands zu stärken und seinen Wohlstand zu vermehren. Rußland hat in der That für seinen Handel die Freundschaft Englands mit solchem Erfolge gesucht, daß die Regierung Großbritanniens 1854, als sie im Begriff stand,

*) S. das Testament Peters d. G. in Nr. 3 dieses Blattes.

Rußland mit Krieg zu überziehen, ein Gesetz erließ, wonach russisches Gut in neutralen Schiffen nicht mit Beschlagnahme belegt werden durfte, und ein anderes, welches den Engländern gestattete, mit dem Feinde Handel zu treiben. Diese freundliche Gesinnung des britischen Kabinetts, an dessen Spitze damals Lord Palmerston stand, ist um so beachtenswerther, als Rußland nichts an England verkauft, was dieses nicht aus anderen Ländern billiger beziehen könnte, wenn nicht seine Diplomatie Rußland hülfte, die Fruchtbarkeit der preussischen Ostseeprovinz, Polens, der Türkei, Ungarns und der Donaufürstenthümer herabzudrücken. Angesichts jener beiden Verordnungen wird es denn doch schwer sein, noch heute behaupten zu wollen, daß es England im Krimkriege Ernst war, der Pforte beizustehen und Rußland zu demüthigen. Während sich die englische Flotte in der Ostsee lächerlich und verächtlich machte, verknallte man sein Pulver im Schwarzen Meere vor einer Festung, die absolut keine strategische Bedeutung hatte. Denn Sebastopol vertheidigte gar nichts; sondern war nur ein Depot für den Krieg im Kaukasus. Rußland war denn auch durch die Erstürmung des Malakoff so gründlich gedemüthigt, daß man süglich sagen kann: von diesem Tage an datire seine unbeschränkte Herrschaft über das Schwarze Meer, trotz des Pariser Friedensvertrages, welcher bestimmte, daß dieses Gewässer fortan für neutral gelten und keine Nation mehr als eine bestimmte Anzahl von Kriegsschiffen dort halten sollte. Rußland kümmerte sich aber so wenig darum, daß es alle türkischen Handelsschiffe auf dem Schwarzen Meere wegnahm, welche den Kaukasien Salz, Pulver und was sie sonst bedurften, zuführten. Die europäischen Mächte regten sich nicht. England hielt dasselbe Benehmen ein, wie im Jahre 1837, wo Rußland ein englisches Handelsschiff, welches den noch nicht unterjochten Völkern des Kaukasus Lebensmittel u. s. w. zuführen wollte, auf dem Schwarzen Meere wegnahm, ohne daß sich die englische Regierung gemüthigt sah, Rußland zur Entschädigung des verletzten Schiffseigenthümers oder gar zur Senugthuung für die nicht minder verletzte Ehre Großbritanniens anzuhalten. Nachdem aber Lord Palmerston diese glänzenden Beweise geliefert, daß ihm weder das Eigenthum englischer Staatsbürger, noch die Ehre der Nation etwas gelten, wo es sich darum handelt, Rußland gefällig zu sein, wen kann es noch erstaunen, daß die englische Regierung taub blieb, als die letzten freien Stämme des Kaukasus, die Rußland aushungerte, wie es die preussischen Ostseeprovinzen aushungert, in London durch eine Gesandtschaft um Beistand flehten? Im Frühjahr 1864 mußten auch sie sich in die Gewalt Rußlands ergeben.

Napoleon I. hat prophezeit, daß mit dem Falle Polens das Vorrücken Rußlands gegen Indien beginnen werde. Diese Weissagung ist eingetroffen und zwar genau auf dem Wege, welchen das Testament Peters d. G. in dem auf die Türkei und Asien bezüglichen Art. 9 angiebt. Die vollendete Eroberung des Kaukasus machte es Rußland möglich, Polen vollends in den Staub zu treten; sie ist ein weiterer Schritt zur Vernichtung der Türkei, indem sie Rußland zum Herrn von Kleinasien macht, und mit ihr ist das natürliche Bollwerk gefallen, welches Rußland bisher vor dem Eindringen in Asien abhielt. Wie lange noch, und England erndtet in Indien die Früchte der Politik, die Lord Palmerston austreute, indem er dazu beitrug, die Türkei zu schwächen und das Schwarze Meer und Circassien in den Besitz Rußlands zu bringen. Gegenwärtig arbeitet Rußland an der Annexion von Central-Asien. In Kurzem wird es dort Englands Nachbar sein, bereit, im Falle eines neuen Aufstandes in Indien, erst England Beistand zu leisten und dann an seine Stelle zu treten. Seit länger als hundert Jahren führt Rußland Kriege mit der Türkei und mit

Persien, und während mehr oder weniger alle europäischen Mächte der Vorwurf trifft, den Absichten Rußlands auf die Türkei Vorschub geleistet zu haben, ist es der Politik des Petersburger Kabinetts in den letzten Jahren gelungen, England in seine Kriege mit Persien, diesem Polen des Orients, hinein-zuziehen.

Man wird schwerlich die Ursachen einer solchen Politik Englands in der Kurzsichtigkeit des Lord Palmerston finden dürfen. Das hieße denn doch zu gering von seinen staatsmännischen Fähigkeiten denken. Wenn man aber die Grundsatzlosigkeit, welche seine halbhundertjährige Verwaltung kennzeichnet, ins Auge faßt, so gewinnen die Inzichten an moralischer Kraft, daß die Triebfeder des Lords Dankbarkeit gegen Rußland dafür war, daß es ihn freigebigst vor finanziellem Ruin in Folge des Spiels rettete. Die damals in London lebende Gräfin Lieven war die Mittelperson. Sie setzte als russische Agentin in England das Werk fort, von dem Pozzo di Borgo 1803 durch den Tod abberufen wurde. Dieser Corsikaner war 1803 auf Englands Empfehlung in den russischen Staatsdienst gezogen worden und wurde später russischer Gesandter, wofür er bis an sein Lebensende eine Pension bezog. Es ist deutlich, welches ein vortreffliches Mittel für die Politik Rußlands ein solcher Mann abgeben mußte. Ein ähnliches Werkzeug war der preussische Gelehrte Klaproth, welcher von Alexander I. nach Rußland berufen wurde und 1835 in Paris als preussischer Pensionär starb, nachdem er unter dem Vorwande, den Druck eines chinesischen Werks zu überwachen, 1811 eine Zeit lang in Berlin gelebt hatte. Das chinesische Buch erschien nie. Klaproth war unter dem Vorwande eines Streitens mit dem Kaiser aus Rußland geflohen, und einige Zeit später bot er den Regierungen Englands und Frankreichs Dokumente an, welche die Absichten Rußlands auf eine Invasion in Ostindien enthüllten. Aber Rußland war damals noch ganz außer Stande, eine derartige Absicht auszuführen, und die unschädlichen Enthüllungen hatten keinen weiteren Zweck, als Klaproth's ruffenfeindliche Gesinnung zu dokumentiren. Einmal als Feind Rußlands beglaubigt, leistete er dem Kabinet von St. Petersburg in der europäischen Presse die wesentlichsten Dienste, unter Andern durch seine „Reisen im Kaukasus“, und als es im Jahre 1828 mit Persien zum Kriege kam, gelang es seinen Journalartikeln, die Aufmerksamkeit Europas und vor allem Englands über die russischen Zwecke vollkommen in Schlaf zu wiegen. Heute braucht Rußland für solche Dienste nicht mehr bloß Ausländer. Sie werden auch von russischen, angeblich politischen Flüchtlingen versehen, handelt es sich doch gegenwärtig darum, die Demokratie Europas über Rußland zu verblenden.

Ein republikanisches Manifest.

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Die Republik. Manifest der revolutionären Demokratie. An die Republikaner. Bürger! Wir wohnen seit 16 Jahren einem in der Geschichte der Nationen einzigen Schauspiele bei. Das von Bonaparte regierte Frankreich erträgt, ohne sich zu beklagen und ohne sich zu vertheidigen, die Demüthigung und das Joch, welche dieser Glende ihm auferlegt. Und dies angesichts der civilisirten Nationen, inmitten der allgemeinen Aufregung! Ungeachtet dessen giebt es heute in Frankreich mehr Republikaner als jemals. Wer wird also eine kräftige aber nothwendige Initiative ergreifen? Wer wird das mit dem Blute der Republikaner gesättigte Scheusal niederwerfen? Wer wird im allgemeinen Interesse den Muth haben, die verschiedenen und zerstreuten Elemente der kämpfenden Demokratie zu sammeln, ein kompaktes

Ganzes daraus zu bilden, entschlossen den revolutionären Weg zu gehen, welcher der des Fortschrittes und der Revolution ist? Wer wird die Energie haben, die Fahne der Republik aufzupflanzen, sie hoch und fest zu tragen und auszurufen: Republikaner! Hier ist die Fahne eurer Väter; es ist die der Freiheit; sie wurde weder in Mexiko noch in der Krim berühmt gemacht; aber mit ihr machte der revolutionäre Gedanke die Kunde durch die Welt. Eilt herbei unter ihre edlen Falten; beweist, daß ihr nicht die entarteten Söhne einer großen Zeit, die Sklaven des Kaiserreichs, sondern die würdigen Nachfolger eurer Väter, der Sieger von 1789, seid! — Die Lage. Die gegenwärtige Lage Frankreichs ist die traurigste. Im Innern genießen wir keine Freiheit. Wir können über die Dinge, welche uns interessieren, weder sprechen noch schreiben; es ist uns verboten, uns zu versammeln. Ueberall erheben sich Kasernen. Die Gendarmen und Spione bedecken die Straßen. Stoßt einen Ruf, selbst einen gefehlichen Ruf aus, so werdet ihr verhaftet und ins Gefängniß geworfen, bis euch eine im voraus feststehende Verurtheilung trifft; mit Einem Worte, wir leben immer noch in der Finsterniß des 2. Dezember, unter dem Säbel des Bonaparte und der Seinen, unter der Drohung der Deportation nach Cayenne oder nach einem anderen mörderischen Klima. Im Aeußeren ist es noch schlimmer. Ehemals, als unsere siegreichen Armeen der Welt die Freiheit brachten, waren wir die Freude der Völker und der Schrecken der Tyrannen. Heute hat sich Alles geändert. Das gedemüthigte, erniedrigte, entehrte und durch sein feiges Erdulden schuldvolle Frankreich hat sich durch seine wiederholten, aber immer unglücklichen Interventionen alle Regierungen und Völker entfremdet und ist der Gegenstand des Hasses und der Verachtung der übrigen Nationen geworden. Dies muß sich ändern! — Was wir wollen. Im Aeußeren wollen wir die Unabhängigkeit der Völker und die Achtung vor unseren Institutionen. Im Inlande wollen wir das Vereinsrecht, die Pressfreiheit, den unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht, die Befreiung der Arbeit durch die Association, die Abschaffung des Erbrechtes, die Religionsfreiheit, aber nicht die Bezahlung der Geistlichkeit durch den Staat, die öffentlichen Bewerbungen um alle Staatsstellen, alle von Bonaparte geraubten Gemeindefreiheiten, das allgemeine Stimmrecht, vor Allem aber die Dictatur während der Revolution. — Unsere Mittel. Um Frankreich zu regneriren, um es von neuem groß und stark zu machen, um es den Händen des Glenden zu entreißen, welcher es frech und despotisch unter seinem Joche hält, können wir nur auf unsere Energie und auf die Unterstützung der wahren Republikaner zählen. Von heute an haben wir uns als Executiv-Comite constituirt; unser Zweck ist, die revolutionäre Aktion zu organisiren und zu leiten; da unsere Regierung geheim ist, so wird sie um so furchtbarer für unsere Feinde sein, Man wird dies erfahren. Das Unrecht der Demokratie in Frankreich bestand immer darin, vor den extremen Mitteln zurückzuschrecken. Man muß sie in Anwendung bringen. Republikaner! Seid das Heil der Nation! Aber indem ihr euch um die Fahne der Republik schaaert, vergeßt nicht, daß ihr eine heilige Verpflichtung eingeht; es ist die Verpflichtung, das Aktions-Comite nicht eher zu verlassen, als bis seine Bemühungen gekrönt sind; ihr verpflichtet euch außerdem, jedes seiner Mitglieder mit aller Energie, mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln und bei jeder Gelegenheit zu schützen und zu unterstützen. Bonaparte unterdrückt, das Kaiserreich stürzen, dies ist der erhabene Zweck, den wir erreichen wollen. Als Cäsar die öffentlichen Freiheiten in Gefahr gebracht, versam-

melte sich der römische Senat, und der Tyrann empfing den Tod ohne anderen Proceß als den von 23 Dolchstichen. Wir müssen unter uns einen Brutus finden. Wenn der Schlüsselstein des kaiserlichen Regiments zertrümmert, welche Stützen bleiben dann noch dem Gebäude? Die Polizei, die Armee und die Magistratur. Der revolutionäre Sturm wird dieses Alles umgestalten. Wenn ein Agent für schuldig erkannt wird, einen Republikaner gequält und beschimpft zu haben, so muß er sofort seine Strafe erhalten. Den Feiglingen, welche euch sagen, daß ihr „Agents provocateurs“ seid, daß ihr die Theorie des Nordes predigt, antwortet kühn: „Ihr vertheidigt den Despoten, ihr seid deshalb die Freunde, die Mitschuldigen des Tyrannen!“ Sie mögen erzittern! Ist Napoleon vor dem Morde zurückgeschreckt, um sein scheußliches Regiment zu gründen? Hat er Mitleid mit seinen Opfern gehabt? Am 2. December sah man unter den Kugeln seiner blut-, pulver- und wein-trunkenen Soldaten Weiber, Kinder und Greise fallen. Und zu Mentana, sind dort nicht 600 Garibaldianer verrätherischerweise auf dem Schlachtfelde hingemordet worden? Und mit einem solchen Glenden, dessen Regiment der Schrecken ist, sollte die öffentliche Meinung Mitleid haben? Nein! Kein Mitleid! Republikaner! Gruppirt euch, vereinigt euch, bewaffnet euch, haltet euch bereit für den letzten Kampf; der Augenblick ist gekommen, unsere Bemühungen zu vereinen, um einen großen Schlag auszuführen und dem Glenden ein Ende zu machen, der, nachdem er alle seine Hilfequellen erschöpft, kein anderes Mittel mehr hat, um Frankreich in der Knechtschaft zu erhalten, als sich in die Arme der Priester, dieser ewigen Feinde der Freiheit, zu werfen! Es lebe die Republik!

Einladung zum Abonnement auf den Dziennik Poznanski.

Das Blatt erscheint in großem Formate täglich zu Posen ist das beliebteste Blatt in der polnischen Tagesliteratur, das einzige, im Großherzogthum Posen erscheinende und größte, welches von der polnischen Bevölkerung des erwähnten Großherzogthums und der benachbarten polnischen Provinzen gehalten und gelesen wird.

Das Abonnement beträgt vierteljährlich für Preußen 3 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf., für Oesterreich 6 Gulden, für das übrige Deutschland 3 Thlr. 12 Sgr.

Die sechspaltige Petit-Beile wird nur 1½ Sgr. berechnet; — bei Reklamen das Doppelte. In deutscher Sprache eingesandte Inserate werden sofort und unentgeltlich in unserer Expedition ins polnische übertragen. — Hierbei erlauben wir uns die Aufmerksamkeit des geschäftstreibenden Publicums Deutschlands, welches in Beziehungen zu den Einwohnern polnischer Nationalität des Großherzogthums Posen steht oder zu treten wünscht, auf die großen Vortheile der Inserirung Ihrer Annoncen im „Dziennik Poznanski“ hinzuweisen.

Insertions-Aufträge nehmen nachstehende Agenturen: Haase & Stein u. Bogler zu Hamburg, Berlin, Wien, Frankfurt a. M., Basel; A. E. Daube und Comp. in Frankfurt a. M.; Rudolph Morse, gr. Friedrichstraße 60, Berlin; A. Ketzemeyer, Schloßplatz, Berlin; Albrecht, Taubensstraße 34, Berlin; Eugen Fort in Leipzig; B. Schotte in Bremen; Sasse und Comp. in Leipzig; Jenke und Sarnighausen, Junkerstraße 12, Breslau; sowie die unterzeichnete Administration entgegen.

Die Administration des „Dziennik Poznanski“.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebfnecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Vollrath.
Expedition: Windmühlenstraße 14.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum Demokr. Wochenblatt No. 8.

Zur Bergarbeiterfrage.

Ein Wort über das Verhältniß der Bergarbeiter zu ihren sogenannten Knappschaftskassen, von einem Bergarbeiter.

Auf den Werken des Zwickauer Kohlenrayons bestehen Knappschaftskassen, aus denen der Bergarbeiter in Fällen der Erkrankung und der Invalidität, in Todesfällen beziehentlich seine ihm überlebende Familie Unterstützung erhält.

Diese Knappschaftskassen werden gebildet und fortgehalten 1) durch Beiträge der Knappen, denen dieselben lohnmäßig oder monatlich vom Lohn verkürzt und zur Kasse verrechnet werden, 2) durch die Beiträge der Vereine, welche die Hälfte von dem einzuzahlen haben, was vom sämmtlichen Arbeiterpersonal gesteuert wird.

Seit Abfassung dieser noch jetzt bestehenden Knappschaftsstatuten ist eine geraume Zeit verflossen und in ihr eine solche Veränderung der örtlichen und persönlichen Verhältnisse, namentlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingetreten, daß eine Reform dieser Statuten dringend nothwendig ist, eine solche auch schon seit vielen Jahren von den Arbeitern angestrebt, und sogar von den Vereinen den Gruben-Verwaltungen empfohlen worden ist. Allein leider sind die Anstrengungen der Arbeiter bisher vergeblich gewesen, indem die Herren Beamten stets Widerstand geleistet haben und die Bestrebungen ihrer Arbeiter zu vereiteln wußten; und sind die Arbeiter durch dieses Gebahren zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Beamten bloß deshalb manchmal auf die Sache mit eingingen, um sich den Schein zu geben, als läge ihnen das Wohl ihrer Arbeiter wirklich am Herzen. Der Grund dieser Handlungsweise mag wohl hauptsächlich darin zu suchen sein, daß die noch jetzt bestehenden Statuten den Beamten willkürliche Gewalt in die Hände geben, so daß sie jeden Fall zum Nachtheile der Arbeiter beliebig drehen und wenden können. Auch ist in diesen Statuten dem Arbeiter für seine hohen Einzahlungen nicht die geringste Garantie geboten; er mag viele Jahre in die Kasse gesteuert haben, die geringste Mißliebigkeit reicht hin, ihn zu entlassen und ihn aller Ansprüche an die Kasse für sich und seine Familie für verlustig zu erklären. Es sollen hier nicht alle Uebelstände aufgezählt werden, vielleicht findet sich später noch Gelegenheit dazu; doch so viel läßt sich sagen, daß das ganze Knappschaftskassenwesen nicht auf einer gerechten Grundlage beruht. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet: wir Bergarbeiter sind, den Annahmungen unserer Vorgesetzten gegenüber, förmlich außer dem Geseß gestellt; denn wo soll der Bergarbeiter die Behörde suchen, die ihm zu seinem Recht verhilft? Wo findet er einen Anwalt, der ihm seine Rechte vertritt? Und seitdem die königl. Kreisdirection zu Zwickau nicht mehr in bergmännischen Dingen und Streitfragen entscheidet, sondern das königl. Oberbergamt zu Freiberg, sind die rechtlichen Zustände der Bergarbeiter nur um so mißlicher geworden.

Durch die Beiträge, welche die Vereine zur Knappschaftskasse zahlen, haben sich dieselben das Recht angemacht, einseitig absolut zu oktroyiren, und haben sich Ueberschreitungen zu Schulden kommen lassen, die nicht gerechtfertigt werden können. Die Personale wollen sich dem gegenüber nur ihre Rechte wahren, sie sind der festen Ueberzeugung,

daß sie den Vereinen gegenüber, hinsichtlich dieser Angelegenheit, mindestens*) als ein gleicher Faktor zu betrachten sind, denn wer Pflichten hat, muß ja auch selbstverständlich Rechte haben.

Das Mißtrauen, das unter den Tausenden von Bergarbeitern durch und durch gedrungen ist, wird nicht eher beseitigt werden können, als bis man den gerechten Forderungen derselben Rechnung getragen hat, d. h. die noch jetzt bestehenden Statuten müssen beseitigt werden und an deren Stelle andere treten, die den Verhältnissen mehr angepaßt und dem Wohle der Arbeiter entsprechend sind. Aber diese Statuten dürfen nicht einseitig von den Vereinen resp. von deren Verwaltungen verfaßt werden. Ein solcher Entwurf muß dem Personal erst als Vorlage unterbreitet und mit ihm durchberathen werden, damit die Arbeiter Gelegenheit haben, sich darüber auszusprechen**).

Schon viele Jahre haben sich die Bergarbeiter mit der Frage beschäftigt, warum wohl die Vereine oder deren Verwaltungen eine solche Handlungsweise gegen ihre Arbeiter festhalten? und sind zu dem Schluß gelangt, daß die Vereine durch Ansammlung und Anhäufung des Knappschaftskassenkapitals selbstsüchtige Zwecke verfolgen. Und in diesen Voraussetzungen wird man nur noch bestärkt, wenn man Einsicht in die Statuten nimmt. Da steht unter Andern: die Arbeiter können wegen Mangel an Arbeit abgelegt (entlassen) werden; nun kommt doch voraussichtlich einmal eine Zeit, wo die Arbeit auf den einzelnen Werken immer weniger wird und zuletzt auf Null herabsinkt. Da nun wohlweislich die Arbeiter einzeln entlassen werden, und nach dem Statut der Einzelne kein Eigenthumsrecht an der Kasse hat, so hat das enorme Kassenvermögen dann weiter keine Verpflichtung, als die Invaliden, Wittwen und Waisen zu versorgen; dazu gehn aber die Zinsen, die das Capital wirft, nicht auf, und diese dürftigen Almosen werden in einem Zeitraum von 12—15 Jahren ihr Ende erreichen. Wem fällt nachher das Vermögen zu? Dem Verein, denn er ist nur noch der einzige Faktor, das Personal ist nicht mehr da!

Was die jüngste Anstrengung der Bergarbeiter betrifft, alle Kassen in Eine zu verschmelzen, so mußte dieses für Jeden, der irgend das Verhältniß genau kannte, von Anfang an als ein todtgebornes Kind erscheinen. Uebrigens wurde durch dieses Project die Gegenpartei gerade an der Seite angegriffen, wo sie am stärksten ist. Die Verwaltungen haben sich uns immer nur feindselig gezeigt, und daß sie an Macht und Kraft nicht gering zu schätzen sind, wird jeder Vernünftige einsehen. So mächtigen Feinden gegenüber kann man nicht mit Einem Sprung ans Ziel kommen. —

Wollen die Bergarbeiter ihre Aufgabe lösen, so müssen sie das Uebel an der Wurzel fassen. Die jetzt bestehende Verfassung, so grundschlecht sie auch ist, besteht doch allein zu Recht, und die Gewerkschaften (oder Vereine) haben daher ganz Recht, wenn sie sagen, „das Vorgehen des Allgemeinen

*) Die Vereine, welche ein Dritttheil zur Kasse steuern, dürfen bei der Kassenverwaltung höchstens ein Drittel der Stimmen haben. Das Beste wäre, die Vereine ganz aus den Kassen zu entfernen.
Anm. d. Red.

**) Warum entwerfen die Arbeiter nicht eine Vorlage? A. d. R.

Bergarbeiter-Vereins erkennen wir nicht an, wir haben bloß den Anträgen unserer gesetzlichen Vertretung entgegen zu sehen." Daß keine derartigen Anträge gestellt, überhaupt auch kein solcher durchgebracht wird, wissen die Herren gar wohl, denn davor schützt sie eben die Verfassung, an der sie so fest und zähe hängen. Die ganze Knappschaftsvertretung besteht nur dem Namen nach: das Personal wählt drei Arbeiter aus seiner Mitte, der Verein wählt drei Beamte, also 3 zu 3. Daß kein Angestellter mit den Arbeitern stimmt ist selbstverständlich, bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, und dies ist der erste Beamte des Vereins!

Das erste, was also gethan werden muß, ist, daß diese Statuten beseitigt werden; die Vereine zahlen bloß halb so viel als die Arbeiter zur Cassé, nach der Einzahlung muß sich eine ganz andere Vertretung herausstellen, die Arbeiter müssen mehr Stimmen erhalten; und es müßte nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn das nicht erreicht werden sollte. Das jetzige Verhältniß ist geradezu ein unnatürliches, denn trotzdem, daß die Vereine bloß die Hälfte zahlen, haben sie sich doch alle Rechte, die ganze Leitung angemacht.

Ist dieses Ziel hinsichtlich der Knappschaftsvertretung erreicht, dann erst ist der Boden gewonnen, auf dem weiter fortgewirkt werden kann, und: Alle Kassen, Eine Kasse! muß als Endziel hingestellt werden.

Um dieses zu erreichen, bedarf es aber, wie oben bemerkt, einer gehörigen Organisation. Die Bergarbeiter müssen sich wieder zusammenscharen und einen Verein bilden, jedoch ohne Kranken- und sonstige Unterstützungskassen, denn dieselben haben sich nach der Erfahrung nicht bewährt. Dieses, glaube ich, ist der allein richtige und mögliche Weg. Wird dies nicht gethan, so werden die Verwaltungen fortfahren, die Kräfte der Bergarbeiter möglichst schnell zum Vortheil der Beamten und der Actionäre auszunutzen und die Bergarbeiter werden die Sklaven ihrer Unterdrücker bleiben.

Weißer Sklaven.

IV.

Stollberg, den 5. Febr. 1868.

Ich, Karl August Fischer, Bergmann, wohnhaft in Stollberg, war auf dem Werke Gottes Segen bereits 8 Jahre in Arbeit und gehörte der Verbandskasse schon bald 9 Jahre an.

Ich fuhr am 28. Decbr. 1867 Abends ein und wurde des Nachts krank, konnte meine Arbeit nicht vollbringen und mußte, selbige meinen Kameraden überlassend, welche mir dies bezeugen, ausfahren und wußte mich kaum nach Hause zu schleppen.

Den 29. Decbr., also Tages darauf, fühlte ich mich etwas besser und gedachte den 30. Decbr. früh wieder einzufahren; als aber die Zeit wieder herankam, fühlte ich, daß ich es noch nicht unternehmen konnte, wieder an meine Arbeit zu gehen. Ich hatte aber auch in meiner Nähe Niemand, zu dem ich Nachts gehn konnte, der mich auf dem Schacht abgemeldet hätte, denn ich mußte früh schon um 4 Uhr von Hause abgehn, um zur rechten Zeit an Ort und Stelle einzutreffen, und da ist es selbstverständlich, daß eine Meldung zur gehörigen Zeit unmöglich war.

Den darauf folgenden Tag, am 31. Decbr. zwang ich mich, da ich die Kasse nicht gleich in Anspruch nehmen wollte, und ging früh 4 Uhr von Hause ab, um wieder an meine

Arbeit zu gehn; als ich auf dem Schacht angekommen und das Gebet vorbei war, wurde verlesen, aber mein Name fehlte. Da meldete ich mich: Fischer ist auch da! Ich bekam zur Antwort: „Es giebt nichts zu Fischern. Fischer muß in die Revierstube zum Obersteiger Klemm.“ Als ich dahin kam, fragte dieser in einem scharfen Ton: „Wo waren Sie gestern? Heute Nachmittag können Sie Ihr Buch holen!“ Ich wollte Einwendungen machen, aber er hörte mich nicht an.

Da ich nun nicht einfahren durfte, so ging ich auch, ohne weiter etwas zu sagen, nach Hause und am Nachmittag des selbigen Tages wieder auf den Schacht, denn es traf sich gerade, daß wir an diesem Tage Abschlagszahlung hatten. Zugleich mit meinem Geld überreichte mir der Obersteiger Klemm mein Arbeitsbuch mit den Worten: „Hier haben Sie Ihr Buch!“ Ich nahm es aber nicht, und erwiderte ihm: „Darüber werden wir weiter zusammen kommen.“ Ich muß hier erwähnen: bleiben wir einmal eine Schicht ungemeldet zu Hause, so werden wir unserem Statut gemäß bestraft, das Arbeitsbuch aber sofort zu geben ist nur dann ausnahmsweise erlaubt, wenn ein Diebstahl vorliegt.

Am 15. Januar 1868 war nun erst der Lohntag. Da sah ich denn, daß mir mein verdienter Lohn nicht einmal vollständig bis zum 28. Decbr. 1867, wo ich die letzte Schicht gemacht hatte, ausgezahlt wurde. Ich ging daher Tages darauf, den 16. Januar, wieder auf den Schacht und ließ in der Straf-Tabelle nachsehen, ob ich etwa gestraft worden sei. Da fand ich denn, daß ich den 22. Decbr., noch dazu eines Sonntags, wo ich nicht eingefahren war, mit 5 Ngr., den 30. Decbr., wo ich krank gewesen, mit 10 Ngr. bestraft worden war! Und auch zugleich noch außer Arbeit gesetzt, obgleich unsere Kündigungszeit beiderseits, wenn nicht Diebstahl vorliegt, Statuten gemäß auf 4 Wochen festgesetzt ist, denn ich hätte gesetzlich den Monat, der bis zum 31. Decbr. erst halb um war, noch arbeiten müssen, und dann noch einen ganzen Monat, wobei der Schichtlohn pro Schicht (und wir haben jeden Tag 1 1/2 Schicht zu machen) 18 Ngr. beträgt.

Alle Buchhandlungen (und auch die Expedition des „demokratischen Wochenblattes“) nehmen Bestellungen an auf die in Genf erscheinende politische und sozial-ökonomische Monatschrift:

Der Vorbote.

Organ der Internationalen Arbeiterassoziation,

redigirt von

Joh. Ph. Becker in Genf, Pré-l'Evêque 33.

Preis halbjährig 10 Ngr. oder 36 Kr.

Jedem, welcher der gegenwärtig über die ganze civilisirte Welt sich erstreckenden Arbeiterbewegung folgen will, ist der „Vorbote“ unentbehrlich. Die Internationale Arbeiterassoziation, deren Organ er ist, zählt in England, Frankreich, der Schweiz, Italien, Belgien, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits Hunderttausende von Mitgliedern, und ist auf dem besten Weg ihr Ziel zu erreichen: Vereinigung der Arbeiter aller Länder zu gemein-samem Streben.

Von der kürzlich in Hamburg bei Jean Paul Friedrich Eugen Richter erschienenen Broschüre: „Baron Carl Scheel-Plessen, wer er war und wer er ist?“ Von Gustav Rasch ist soeben bereits die dritte Auflage ausgegeben worden, da die beiden ersten Auflagen binnen acht Tagen vollständig vergriffen waren.